

L11

**Abteilung 6 Moabit-Nord****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Den Ausbau der Antidiskriminierungsberatung fortführen – den Koalitionsvertrag umsetzen**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-  
 2 glieder des Abgeordnetenhauses sowie  
 3 des Berliner Senats auf, sich gegenüber  
 4 der Bundesregierung dafür einzusetzen,  
 5 dass zur Fortführung des Förderprogramms  
 6 respekt\*land die erforderlichen Gelder bereit-  
 7 gestellt werden. Dabei soll eine Aufstockung  
 8 der Mittel im Vergleich zum aktuellen Förder-  
 9 jahr das Ziel sein, da die Überführung in eine  
 10 Verstetigung erfahrungsgemäß mit höheren  
 11 Aufwänden einhergeht.

12 Die Bundesregierung hat im Koalitionsver-  
 13 trag festgeschrieben, dass sie „mit den Län-  
 14 dern [...] das Netzwerk zivilgesellschaftlicher  
 15 Beratungsstellen gegen Diskriminierung flä-  
 16 chendeckend ausbauen und nachhaltig fi-  
 17 nanzieren [will]“. Die Antidiskriminierungs-  
 18 stelle des Bundes (ADS) hat zu diesem Zweck  
 19 das Förderprogramm respekt\*land aufgelegt,  
 20 über das seit zwei Jahren 36 Projekte finan-  
 21 ziert werden, durch die dieser Ausbau reali-  
 22 siert wird. Im Haushaltsentwurf für 2025 sind  
 23 bisher keine Gelder vorgesehen, um das zur  
 24 Verstetigung der Projekte vorgesehene dritte  
 25 Jahr zu finanzieren.

26

**Begründung**

27 „In Summe gibt es in Deutschland weniger als  
 28 100 Vollzeitpersonalstellen [in der Antidiskri-  
 29 minierungsberatung]. Das entspricht einem  
 30 Verhältnis von durchschnittlich einer Vollzeit-  
 31 berater\*innenstelle bundesweit auf mehr als  
 32 900.000 Einwohner\*innen. Die Versorgungs-  
 33 schlüssel sind in allen Bundesländern sehr  
 34 unterschiedlich: von circa 1 : 300.000 in Ber-  
 35 lin bis zu 1 : 1,8 Millionen in Bayern.“ So lau-  
 36 tet ein Ergebnis der von der Antidiskriminie-  
 37 rungsstelle des Bundes beauftragten Studie  
 38 „Gut beraten – Auf dem Weg zu einer flächen-  
 39 deckenden Antidiskriminierungsberatung in  
 40

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-  
 glieder des Abgeordnetenhauses sowie des  
 Berliner Senats **und sozialdemokratischen**  
**Mitglieder des Bundestages** auf, sich gegen-  
 über der Bundesregierung dafür einzusetzen,  
 dass zur Fortführung des Förderprogramms  
 respekt\*land die erforderlichen Gelder bereit-  
 gestellt werden. Dabei soll eine Aufstockung  
 der Mittel im Vergleich zum aktuellen Förder-  
 jahr das Ziel sein, da die Überführung in eine  
 Verstetigung erfahrungsgemäß mit höheren  
 Aufwänden einhergeht.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsver-  
 trag festgeschrieben, dass sie „mit den Län-  
 dern [...] das Netzwerk zivilgesellschaftlicher  
 Beratungsstellen gegen Diskriminierung flä-  
 chendeckend ausbauen und nachhaltig fi-  
 nanzieren [will]“. Die Antidiskriminierungs-  
 stelle des Bundes (ADS) hat zu diesem Zweck  
 das Förderprogramm respekt\*land aufgelegt,  
 über das seit zwei Jahren 36 Projekte finan-  
 ziert werden, durch die dieser Ausbau reali-  
 siert wird. Im Haushaltsentwurf für 2025 sind  
 bisher keine Gelder vorgesehen, um das zur  
 Verstetigung der Projekte vorgesehene dritte  
 Jahr zu finanzieren.

41 Deutschland“ (2022). Es gibt damit aktuell ei-  
42 ne große Versorgungslücke im Bereich Bera-  
43 tung und Hilfe für von Diskriminierung Be-  
44 troffene, während die faschistischen Kräfte in  
45 Deutschland erstarken und sich die Situati-  
46 on für marginalisierte Gruppen deutlich ver-  
47 schärft – was sich auch in der Anzahl und  
48 Schwere der gemeldeten Fälle von Diskrimi-  
49 nierung deutlich zeigt.

50 „Alle Menschen in Deutschland sollen im  
51 Diskriminierungsfall einen niedrigschwelli-  
52 gen Zugang zu einem qualifizierten Unter-  
53 stützungsangebot haben – unabhängig da-  
54 von, wo sie leben, und unabhängig da-  
55 von, in welchem Lebensbereich und auf-  
56 grund welcher Gruppenzugehörigkeit bzw. -  
57 zuschreibung sie Diskriminierung erleben.“  
58 Diese Zielsetzung von respekt\*land muss da-  
59 mit auch Ziel der SPD sein. Die Förderung  
60 muss fortgesetzt werden: Solidarität und Zu-  
61 sammenhalt sind unsere wichtigsten Waffen  
62 zur Bekämpfung des Faschismus!